

Stellungnahme SPD Gemeinderatssitzung 16. Mai 2024 Top Anpassung Kitagebühren

Sehr geehrte ...

In der Beschlussvorlage wird eine Abhängigkeit hergestellt zwischen den Themen Platzsharing und doppelte Sozialstaffelung. So als ob es nur das Eine oder das Andere geben könne. Die SPD-Fraktion lehnt eine Verknüpfung dieser Bereiche ab. Beide Komplexe haben nichts miteinander zu tun, sondern können – und müssen – unabhängig voneinander betrachtet werden.

Das Argument, ein Platzsharingangebot führe in Kombination mit der doppelten Sozialstaffelung zu 56 unterschiedlichen Gebührentabellen, halten wir für nicht stichhaltig.

Es ist problemlos möglich alle Faktoren zur Gebührenberechnung in ein digitales System einzugeben (also Einkommen, Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und gewünschte Betreuungszeit) und sich in Sekundenschnelle die Kitagebühr ausrechnen zu lassen. Man könnte einen solchen Gebührenrechner sogar auf die Homepage der Stadt stellen, so dass sich Eltern ganz einfach im Vorhinein selbst ihren Beitrag ausrechnen können.

Weder die Verwaltung noch die Eltern müssen sich mit 56 verschiedenen Tabellen herumschlagen. Es gibt noch einen weiteren Grund, warum das Junktim zwischen Platzsharing und doppelter Sozialstaffelung nicht nachvollziehbar ist.

Das Platzsharingangebot – wenn es denn kommt – soll zunächst in einem Kindergarten mit wenigen Plätzen starten. Dafür - in einer Hauruckaktion – unsere bewährte doppelte Sozialstaffelung über Bord zu werfen ist unangemessen und unbegründet.

Da wir – wie dargelegt - die Verknüpfung zwischen Platzsharing und Abschaffung der doppelten Sozialstaffelung ablehnen, beantragen wir, über die Einführung eines Platzsharingangebots separat abstimmen zu lassen.

Zum Thema Platzsharing äußern wir uns wie folgt:

Bei über 200 fehlenden Kitaplätzen kann Platzsharing – realistisch gesehen - nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Ausbau und Neubau sind weiterhin nötig. Ist es tatsächlich in ganz Rheinfeldern nicht möglich einen Standort für den längst vorgesehenen weiteren Naturkindergarten zu finden? Und wie schaffen wir gute, attraktive Arbeitsplätze, um die dringend benötigten Fachkräfte in unsere Einrichtungen zu bekommen und sie zu halten?

In Maulburg scheint man einen sehr guten Weg gefunden zu haben, denn dort gibt es laut BZ-Bericht vom 25. April weder Wartelisten noch Personalprobleme. Vielleicht kann man da mal das Gespräch suchen.

Platzsharing halten wir für ein gutes Angebot, um im U3-Bereich zusätzliche Krippenplätze zu schaffen. Dies kommt sicher auch vielen Eltern entgegen, die ihre noch sehr kleinen Kinder gar nicht unbedingt fünf Tage die Woche in die Krippe bringen wollen, bzw. bringen müssen.

Im Bereich Drei- bis Sechsjährigen können wir die Bedenken vieler Fachkräfte und Kita-Leitungen nachvollziehen, die sich fragen, wie sie ihren Bildungsauftrag erfüllen sollen, wenn Kinder nur zweimal pro Woche in der Einrichtung sind. Hier könnten wir uns eine Art Probelauf in einer Kita vorstellen, die dazu bereit ist. Ähnlich wie jetzt bei VÖ+ in Karsau.

Platzsharing im letzten Kita-Jahr sehen wir äußerst kritisch. Wir verweisen auf bestehende Kooperationen zwischen Kitas und Grundschulen. Von diesen pädagogisch sehr sinnvollen und wichtigen Angeboten können die Kinder nur profitieren, wenn sie auch tatsächlich in der Kita anwesend sind.

So schreibt die Verwaltung in der Benutzungsordnung unter § 4 ja auch selber, Zitat: „Im Interesse des Kindes soll die Einrichtung regelmäßig besucht werden.“

Unter Beachtung der gerade aufgeführten Punkte steht die SPD-Fraktion der Einführung eines Sharingangebots aber positiv gegenüber.

Zum Thema Kita-Gebührenanpassung

Dass eine moderate Gebührenanpassung notwendig ist, können wir in Anbetracht des sehr geringen Kostendeckungsgrades nachvollziehen.

Diese Gebührenanpassung muss aber gerecht und solidarisch erfolgen. Der Verwaltungsvorschlag hingegen sieht die Abschaffung der doppelten Sozialstaffelung, genauer gesagt, der Gebührenstaffelung nach Einkommen, vor. Dies führt dazu, dass gerade die unteren Einkommensgruppen extrem stärker belastet werden – teilweise steigen die Gebühren um mehr als 100 Prozent -, während die Eltern mit höherem Einkommen entlastet werden, und nach der Gebührenanpassung zum Teil weniger bezahlen als bisher.

Eine solche Umverteilung der Lasten widerspricht vollkommen dem Grundsatz der SPD, wonach die wirtschaftlich gesehen stärkeren Schultern mehr tragen können und müssen als die schwächeren. Es stellt unser Gerechtigkeitsempfinden auf den Kopf.

Die Verwaltung argumentiert, dass die geringer Verdienenden die höheren Beiträge ja gar nicht selber zahlen müssten, sondern bei der Jugendhilfe des Landkreises einen Antrag auf Kostenübernahme oder Bezuschussung stellen könnten.

Irgendwelche Zahlen hierzu - wie viele Anträge beim Landkreis gestellt werden, wie die Chancen auf Bewilligung stehen und welcher Anteil der Gebühren dann tatsächlich übernommen wird – bekommen wir, trotz Nachfrage im Sozialausschuss, nicht.

Da wird auf der einen Seite argumentiert, dass es den Eltern ohnehin sehr unangenehm sei, ihr Einkommen offenlegen zu müssen, während man andererseits ausdrücklich darauf hinweist, dass die Anträge beim Landkreis wesentlich aufwändiger sind, viel mehr ins Detail gehen und sehr viel mehr Nachweise erfordern. Obwohl dieser Eindruck erweckt werden soll: Einen Gefallen tut man den Eltern damit nicht, und von Bürokratieabbau kann auch keine Rede sein.

Durch unsere soziale Gebührenstaffelung ist es vielen Eltern in Rheinfelden möglich, trotz geringen Einkommens die Kita-Gebühren aus eigener Kraft aufzubringen. Jetzt nimmt die Verwaltung bewusst in Kauf, ja, sie fördert es sogar, dass durch die überproportionale Gebührenerhöhung gerade im unteren Einkommensbereich in Zukunft mehr Familien von staatlichen Leistungen abhängig sein werden. Das ist kein gutes Signal für unsere Stadtgesellschaft. Rheinfelden ist eine soziale Stadt. Rheinfelden ist eine familienfreundliche Stadt. Die SPD-Fraktion will an diesen bewährten Leitsätzen auch in Zukunft festhalten.

Noch unverständlicher wird die geplante Gebührenanpassung, wenn wir uns die oberen Einkommensbereiche anschauen. Die Gut- und Besserverdienenden, die sich auch moderat erhöhte Kita-Gebühren noch gut leisten könnten, und nie einen Antrag auf Gebührenermäßigung gestellt haben, werden ohne Not finanziell entlastet und zahlen anschließend teilweise weniger als jetzt. Das ist weder gerecht, noch zweckdienlich.

Die SPD-Fraktion hält an der doppelten Sozialstaffelung fest. Wir lehnen die Beschlussvorlage zur Gebührenanpassung (Punkte 1 und 2 dieser Vorlage) ab.

Zum Schluss noch ein Hinweis:

Kommunale Verbände haben empfohlen, die Einkommensprüfungen zu vereinfachen. Und zwar durch Selbsteinschätzung der Eltern mit nur noch stichprobenartigen Kontrollen. Genau so möchte es ja auch die Stadt Lörrach handhaben, die gerade dabei ist, die doppelte Sozialstaffelung einzuführen.

Dies würde den Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren. Wir bitten darum, diese Möglichkeit zu überprüfen.

Für die SPD-Fraktion: Dr. Eveline Klein